

Steffen Jähn

# Direkte Demokratie als Konkurrenz zur Politik der Parteien?

## Eine akteurzentrierte Analyse des Tempelhof-Volksentscheids 2014



Im Mai 2014 fand in Berlin der vielbeachtete Volksentscheid über die Nichtbebauung des Tempelhofer Feldes statt. Das Ergebnis war beachtlich; es stimmten 739.124 Menschen für den Vorschlag der Initiative 100% Tempelhofer Feld. Kommentatoren sprachen daher von einer roten Karte für die Stadtentwicklungspolitik des Senats aus CDU und SPD (Holm 2014). Der Volksentscheid war nicht nur deshalb so bemerkenswert, weil er der erste war, bei dem es einer kleinen Gruppe engagierter Bürger in relativ kurzer Zeit gelang, ein Bauvorhaben von stadtweiter Relevanz zu verhindern. Standen hinter ähnlichen Volksentscheidskampagnen große Organisationen und ihre Netzwerke, Geld von Unternehmen oder ein langer zeitlicher Vorlauf, fehlte dies bei jenem Volksentscheid.

Die breite Zustimmung aus der Bevölkerung verwunderte gleichermaßen, denn das Projekt beinhaltete nicht nur den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek, sondern auch die Erstellung von 4.700 Wohnungen, wovon die Hälfte zu vergünstigten Mieten angeboten werden sollten. Daneben sollte ein etwa 200 Hektar großer Bürgerpark entstehen – genug Anreize also, von denen breite Teile der Bevölkerung langfristig profitiert hätten. Daher ist dieses Beispiel ein weiteres Kapitel in der bereits seit der Antike andauernden Debatte darüber, wie viel Herrschaft das Volk in einer Demokratie ausüben soll, oder ob gewählte Vertreter als Experten nicht viel besser geeignet sind, um zum Wohle der Mehrheit zu entscheiden. Auch im Anschluss an den Volksentscheid wurden Stimmen laut, die befürchteten, dass dringend notwendige Projekte durch kurzfristig aufflammende Stimmungen in der Bevölkerung zunichtegemacht werden könnten.

Im Rahmen einer Forschungsarbeit bin ich der Frage nachgegangen, wie etablierte Parteien mit Forderungen umgehen, die im Kontext von Volksentscheidskampagnen formuliert werden. Hierzu habe ich im Zeitraum November 2014 bis Januar 2015 Experteninterviews mit Politikern, Vertretern von Projektplanung und Verwaltung sowie einer zivilgesellschaftlichen Organisation und der Initiative 100% Tempelhofer Feld geführt.

### Parteien: Beschicker des politischen Marktes?

Während im Rahmen von direkter Demokratie meist zwei konkrete und zugespitzte Vorschläge durch die Wahlbevölkerung abgestimmt werden, basiert die Aushandlung poli-

tischer Fragen in der parlamentarischen Demokratie auf der Funktion von Parteien als Transmissionsriemen zwischen Bevölkerung und Gesetzgebung. Der Politikwissenschaftler Anthony Downs sah daher Demokratie als einen Markt an, auf dem Politiker ihre Programme an die Wünsche der Bürger anpassen, um bei Wahlen möglichst viele Stimmen zu bekommen. Dieser Ansatz ist allerdings nicht geeignet, um das Verhalten von Parteien im vorliegenden Beispiel zu verstehen, da einige Parteien auf ihren Positionen verharrten, während andere sich den Forderungen der Bürgerinitiative anpassten.

Nötig ist also ein Verständnis von Parteien, das diese als Akteure begreift, die einerseits aus ideellen Motivationen heraus handeln, die andererseits aber ebenso in der Lage sind, diese kurzfristig aufzugeben. Renate Mayntz und Fritz Scharpf (1995) haben ein solches Verständnis im Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus entwickelt. Sie gehen davon aus, dass sich das Verhalten von Akteuren in einem institutionellen Rahmen bewegt, der die Regeln und Erwartungen ihres Handelns definiert. Akteure selbst richten sich einerseits nach bestimmten ideellen Handlungsorientierungen. Andererseits versuchen sie, diese im Rahmen von Akteurskonstellationen durch Konkurrenz oder in Kooperation mit anderen bestmöglich umzusetzen. Sind im parlamentarischen System Entscheidungsprozesse meist geprägt durch die Koalition von Regierungsparteien und deren Konkurrenz zur Opposition, modifiziert ein direktdemokratisches Element diese Akteurskonstellation und damit deren Handlungsrahmen. Im Schatten eines Mehrheitsentscheides erhalten Machtbalancen zwischen Parteien, deren Stärke sich nach den in den letzten Wahlen erhaltenen Stimmen bemisst, eine neue Gewichtung. An ihre Stelle treten Prognosen über den Ausgang des Volks-

entscheidet. Parteien prüfen demgemäß, inwiefern die von der Volksinitiative gestellten Forderungen mit ihren eigenen Handlungsorientierungen übereinstimmen und ob ein Abrücken von den eigenen Forderungen nicht doch einen größeren Vorteil darstellen kann. Unter diesen Gesichtspunkten habe ich untersucht, welche Handlungsorientierungen die Parteiakteure eingangs hatten, ob und warum sich diese im Vorfeld des Volksentscheides änderten. In diesem Artikel konzentriere ich mich auf zwei der im Parlament vertretenen Parteiakteure: SPD und die Linke.

## Genese des Konflikts und die Rolle der Akteure

Ausgangspunkt des Konfliktes waren die Diskussionen über die Weiterverwertung des Geländes, die bereits vor der Stilllegung des Flughafens begannen. Lange herrschte sowohl verwalterseitig, planerisch und in allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien weitgehend Einigkeit darüber, dass das Feld an seinen Rändern bebaut werden sollte. Nach der Stilllegung des Flughafens im Jahr 2008 wurden erste Entwürfe von Seiten der SPD-geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorgelegt. Darin waren Ansiedlungsmöglichkeiten für die Technologie- und Kreativwirtschaft, aber auch Orte für neue gemeinschaftliche Wohnformen vorgesehen. Bereits seit den 1990er Jahren wollte man lediglich die Ränder des Feldes bebauen und in der Mitte Platz für ein Wiesenmeer lassen. In der Stadt, deren Schuldenberg stetig wuchs, standen Überlegungen im Mittelpunkt, den Kauf und die Bewirtschaftung des Feldes mit Grundstücksverkäufen zu refinanzieren. Gleiches galt für das denkmalgeschützte Flughafengebäude, das sich mit seinen Hangars, der Abfertigungshalle, Versorgungsgängen und Gepäcklagern zwar als Veranstaltungsort und Filmkulisse eignete, nicht aber ohne weiteres als modernes Gewerbe- und Geschäftshaus. Von Seiten der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien wurden diese Entwürfe lange mitgetragen. Zu dieser Zeit entstand ebenfalls der Plan, die Zentral- und Landesbibliothek entweder im Flughafengebäude oder als Neubau auf dem Gelände anzusiedeln.

Allerdings war das Projekt schon vor diesen Plänen umstritten. 2008 und 2009 gab es bereits Plebiszite, weitgehend organisiert von einem bürgerlichen Spektrum, die die Symbolkraft des Flughafens als Teil der Geschichte der Berliner Luftbrücke betonten und daher die Aufrechterhaltung des Flugbetriebes forderten. Weitere Proteste der Bevölkerung, organisiert von gentrifizierungskritischen Gruppen, sorgten mit dem Versuch einer Besetzung des Feldes im Jahr 2009 für Aufsehen. Sie forderten die sofortige Öffnung des Geländes und thematisierten die Bebauungspläne unter dem Gesichtspunkt der zu entstehenden hochpreisigen Wohnungen sowie der daraus folgenden mietpreistreibenden Effekte für die angrenzenden Quartiere. Die Proteste wurden im parlamentarischen Feld von Seiten der Parteien allerdings kaum inhaltlich gewürdigt. Trotz

dieser Interventionen aus der Bevölkerung blieben die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien bei der Linie, dass die Ränder des Feldes bebaut werden sollen. Eine Erschließung sollte auch im Rahmen von internationalen Garten- und Bauausstellungen stattfinden. Ebenso sollten ökologische Aspekte berücksichtigt und Bevölkerungswünsche mittels partizipativer Elemente in die Planung einbezogen werden.

## Die Initiative 100% Tempelhofer Feld interveniert in das politische Feld

Diesem scheinbar alternativlosen Konzept stellte sich die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ ab 2011 entgegen. Ursprünglich bestand sie aus einem kleinen Kreis von Anwohnern, die sich explizit gegen die Vermarktung des Geländes an private Investoren wandten. Die Befürchtung bestand, dass auf dem Feld vornehmlich Luxusbauten entstehen und sich diese Entwicklung fortsetzen würde, bis das gesamte Feld bebaut ist. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung nutzte die Initiative Argumente, das Feld sei deshalb nicht zu bebauen, weil es als Kaltluftentstehungsgebiet und als Rückzugsraum für seltene Tierarten dient, durch eine Bebauung verliere das Feld seinen Charakter als einmalige innerstädtische Offenlandschaft und die Symbolkraft als Gedenkort werde eingeschränkt. Der rote Faden blieb jedoch stets die Befürchtung, durch die Privatisierung von Teilen des Feldes sowie die Schaffung von rein hochpreisigem Wohnraum wäre der Ort nicht mehr für die Öffentlichkeit zugänglich.

Die Initiative begann ihre Arbeit mit offenen Treffen in der Nähe des Tempelhofer Feldes. Mit steigender Zahl an Aktiven wuchs schließlich auch die Notwendigkeit, sich eine institutionelle Basis zu geben. Daher wurde im Sommer 2012 der Verein „Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld“ gegründet. Zunächst versuchte die Initiative, sich Gehör mit klassisch zivilgesellschaftlichen Mitteln der Einflussnahme zu verschaffen. Jedoch entstand recht schnell die Entscheidung, mittels eines Volksentscheides die Politik zu einem rechtlich verbindlichen Ergebnis zu zwingen. Innerhalb der Initiative blieb dieses Vorgehen jedoch umstritten. Immer wieder führte dies zu internen Zerwürfnissen. Trotzdem gelang es der Initiative, Unterstützung von lokalen Gliederungen aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zu erhalten. Einzelne Parteimitglieder engagierten sich in der Initiative, auch wenn die jeweilige Partei auf Landesebene das Projekt weiterhin befürwortete.

Der Erfolg der Initiative bestand darin, dass sie das eher bürgerliche Argument, Tempelhof sei ein symbolbehafteter Ort, mit gentrifizierungskritischen und ökologischen Handlungsorientierungen vereinte. Zudem war die Initiative gezwungen, durch das Sammeln der für das Volksbegehren notwendigen Unterschriften persönlich und mit vielen Menschen in Kontakt zu treten. Den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens übersprang die Initiative mit weitaus mehr Unterschriften

als gefordert und dazu in weitaus kürzerer Zeit. Dabei hatte die Initiative lediglich eine geringe Anzahl von engagierten Menschen auf ihrer Seite. Spätestens mit dem Überspringen des Volksbegehrens, das mit etwa 185.000 Unterschriften erfolgreich war, wurde der große Rückhalt in der Bevölkerung deutlich. In den Medien wurden die Forderungen der Initiative zudem immer häufiger rezipiert. Spätestens ab Herbst 2013 wurde das Anliegen der Initiative aufgrund der stadtweiten Bekanntheit sowie seiner hohen Erfolgsaussichten zum Thema für die Landespolitik. Für die untersuchten Parteien begann damit ein interner Abstimmungsprozess, in dem sie sich zu den Forderungen der Initiative positionieren mussten.



Abb. 1: Unmittelbar vor der Wahl argumentierte die SPD mit der Schaffung von Wohnraum (Quelle: SPD Berlin, 2014)

## Die SPD und das Tempelhof-Projekt

Die SPD als die treibende Kraft hinter der Stadtentwicklungspolitik Berlins kann als Motor des Bebauungsprojekts gesehen werden. Die Partei war seit 1990 an jeder Regierung in Berlin beteiligt und stellte den jeweiligen Senator bzw. die jeweilige Senatorin für Stadtentwicklung. Leitbilder ihrer Stadtentwicklungspolitik sind die Gewährleistung des sozialen Friedens, die Förderung des interkulturellen Zusammenlebens und die Wahrung ökologischer Aspekte. Besondere Herausforderungen waren dabei lange der Bevölkerungsrückgang, die stetig wachsende Haushaltsverschuldung sowie eine stagnierende Wirtschaft. Zusammen mit der Linksfraktion wurden in den 2000ern Einsparungen beschlossen, die auch zur Privatisierung des Wohnungsbauunternehmens GSW sowie zum stufenweisen Abbau staatlicher Zuschüsse für Sozialwohnungen führten. Begünstigt durch Leerstände, die Raum für junge Firmen ließen, fruchtete die Strategie, Technologie- und Medienunternehmen in der Stadt anzusiedeln. Ende der 2000er Jahre konnten durch diese Maßnahmen Erfolge verbucht werden und ein wirtschaftlicher Aufschwung setzte ein. Nicht zuletzt begünstigte der rasant wachsende Tourismus diese Entwicklung. Auf der anderen Seite führte der Aufschwung auch zu einer Verknappung von günstigem Wohnraum in vielen innerstädtischen Quartieren, in denen bis dahin vor allem ärmere

Bevölkerungsgruppen lebten. Enorme Mietpreissteigerungen setzten ab 2011 in vielen Innenstadtbezirken ein. Immer wieder geriet die offizielle Politik somit in Konflikt mit diversen Bürgerinitiativen, was für eine Reihe von Protesten sorgte.

In Teilen der Bevölkerung erweckte dies den Eindruck, Stadtentwicklung in Berlin diene in erster Linie den Interessen von Immobilieninvestoren, während die staatliche Seite nicht schützend genug einschreitet, um der Verdrängung und dem Verschwinden öffentlich zugänglicher Flächen entgegenzuwirken. Westberliner Kleingärtner, Ostberliner Senioren und Kreuzberger Migranten machten im Rahmen von diversen Protesten ihrem Unmut Luft. Sie verdeutlichten die sozialen Dimensionen und die Reichweite des Wandels. Es reichte nicht mehr aus, auf Beteiligungsveranstaltungen Maßnahmen wie Ersatzgrundstücke, eine Begrenzung von Mieterhöhungen oder die Kommunalisierung bestimmter Wohneinheiten zu vereinbaren, denn der Kapitaldruck auf die immer begehrter werdenden Immobilien machte es für den Staat unmöglich, bei allen diesen Konflikten regulierend einzuschreiten. Wurden stadtpolitische Proteste noch bis in die 2000er Jahre von einem studentisch und künstlerisch geprägten Milieu oder sozial marginalisierten Menschen getragen, waren jetzt die protestierenden Gruppen solche, mit denen sich viele Berliner Wähler identifizieren konnten. Die Initiative 100% Tempelhofer Feld war somit nur eine unter vielen, die sich gegen den Umbau der Stadt wandten.

Die SPD geriet als Regierungspartei zusehends unter Druck, wollte sie ihr Profil als Partei des sozialen Ausgleichs behalten, die bezahlbare Mieten und die Bereitstellung öffentlichen Raumes für breite Bevölkerungsschichten gewährleistet. Hatte noch 2011 die Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer erklärt, es gebe keine Wohnraumknappheit in Berlin, änderte sich das unter ihrem Nachfolger, dem späteren Regierenden Bürgermeister Michael Müller. Dieser kündigte unter anderem an, stärker die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu fördern.

Diese Veränderungen der Rahmenbedingungen hinterließen ebenfalls Spuren bei den Planungen des Tempelhofer Feldes. Stand unmittelbar nach der Schließung des Flughafens Wirtschaftsförderung und die Ansiedlung von Wissenschaft im Mittelpunkt der Planung, wurde dies um den Aspekt der Schaffung von günstigem Wohnraum ergänzt. Die Planungen beinhalteten nun, dass bis zu 50% der zu schaffenden Wohneinheiten durch Genossenschaften und kommunale Wohnungsunternehmen zur Verfügung gestellt werden. Die Maßgabe war, diese zu Mieten von unter 8 Euro pro Quadratmeter bereitzustellen. Dem Bild, dass nur private Luxuswohnungen erbaut werden, sollte damit nachdrücklich entgegengewirkt werden. Auf dem Tempelhofer Feld konnte zwar nicht die Wohnraumknappheit Berlins beseitigt werden, jedoch war es der Initiative geschuldet, dass die dortigen Planungen immer öfter als Symbol einer fehlgeleiteten Stadtentwicklungspolitik wahrgenommen wurden.

Die SPD hielt trotz der zunehmenden Popularität der Initiative an dem Projekt fest. Man hatte jahrelang das Projekt als gut und notwendig dargestellt. Ein Zurückrudern von dieser Position hätte die Partei in der Öffentlichkeit der eigenen Ansicht nach unglaublich gemacht. Vor dem Hintergrund, dass es ab 2012 immer wieder Verzögerungen bei der Eröffnung des Flughafens BER gab, stand man bei der Umsetzung von Großprojekten besonders unter Erfolgsdruck. Zudem lag man mit den Positionen der Initiative in allen Punkten maximal auseinander. Die SPD wollte möglichst alle ausgeschriebenen Baufelder bebauen sowie den Park auf dem Feld anlegen. 100% Tempelhof wollte hingegen, dass keinerlei bauliche Maßnahmen durchgeführt werden. Es gab also keine inhaltlichen Überschneidungen, auf deren Grundlage Verhandlungen hätten stattfinden können. Zudem nahm man die Initiative als intern zerstritten und daher nicht verhandlungsfähig wahr.



Abb. 2: 100% Tempelhof warb dafür, das Feld als urbanen Erlebnisraum zu erhalten (Quelle: Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld)

Darüber hinaus glaubte man, mit der Aufnahme von Verhandlungen eine Reihe weiterer Initiativen zu motivieren, sich mit ihren jeweiligen Forderungen an die Regierung zu wenden.

Auch auf eine mögliche Annäherung an gemäßigttere Positionen, wie sie etwa von Umweltverbänden oder Oppositionsparteien vertreten wurden, die z.B. den Verzicht auf einzelne Baufelder oder das Anlegen des Parks forderten, ging man ebenfalls nicht ein, weil man von der Sinnhaftigkeit

des Konzepts überzeugt war. Unmittelbar vor dem Volksentscheid schmiedete die SPD ein Bündnis mit Wirtschafts-, Bau-, Wohlfahrts- und Sportverbänden, aber auch dem Deutschen Gewerkschaftsbund und öffentlichen Wohnungsbaunehmen. Dabei glaubte man daran, mit dem Versprechen, Arbeitsplätze und günstigen Wohnraum zu schaffen, große Teile der Bevölkerung für die eigene Position überzeugen zu können. Von der Initiative dachte man, dass diese aufgrund ihrer internen Zerstrittenheit, der fehlenden Unterstützung durch große Organisationen und der mit einem Partikularinteresse behafteten Forderung nicht in der Lage sein würde, die Mehrheit der Wählenden auf ihre Seite zu ziehen. Es gelang allerdings nicht, die inzwischen stark emotional behafteten Argumente der Gegenseite zu entkräften.

### Die Linke: Verhalten einer Oppositionspartei

Bevor die Linke in die Opposition ging, trug sie im Wesentlichen die Planungen für das Tempelhofer Feld mit. Diese waren zum Zeitpunkt 2011 allerdings noch nicht weit fortgeschritten. Eine prinzipielle politische Diskussion, ob und inwieweit das Feld genutzt werden sollte, wurde erst durch die Aktivitäten der Initiative 100% Tempelhof angeregt. Als Handlungsorientierungen der Stadtentwicklungspolitik verfolgte die Partei ebenso soziale wie ökologische Ziele. Hieraus ergab sich allerdings nicht per se eine Unterstützung für die Initiative. Die ursprünglichen Präferenzen der Partei sahen ebenfalls den Bau von Wohnungen vor, wobei die anvisierte Miethöhe zunächst eine untergeordnete Rolle spielte. Artenschutz und das Feld als Kaltluftstehungsgebiet hatten anfangs ebenfalls keine Bedeutung, man wollte aber die Planung mit partizipativen Elementen erweitern, um auf diese Weise die Interessen der bisherigen Anwohner zu wahren. Auch die Frage der Finanzierung des Projektes wurde innerhalb der Koalition strittig diskutiert.

In der Opposition angelangt, beteiligte man sich in den jeweiligen Ausschüssen nicht besonders aktiv an der Planung. Dennoch befürwortete man zunächst das Vorhaben, die internationalen Bau- und Gartenschauen auf das Feld zu holen. Man wollte dadurch einen Ort beleben, der bislang von vielen Berlinern nicht als Teil der Stadt gesehen wurde. Dies gelang allerdings bereits kurz nach der Öffnung des Feldes ganz ohne äußeres Zutun, denn das Feld wurde als Freizeitort in den Alltag vieler Menschen integriert. Diese veränderte Wahrnehmung in der Bevölkerung beeinflusste auch die Programmatik der Linken. Nicht zuletzt angestoßen durch den Protest der Initiative gelangte man nach und nach in den Reihen der Partei zu der Auffassung, dass die Planungen erneut und offen mit größeren Teilen der Bevölkerung diskutiert werden müssen.

Man wollte sich zudem als Partei mit der Forderung auseinandersetzen, das Feld in Gänze als Freizeit- und Kulturort zu nutzen. Insgesamt sollte die Frage der Bebauung mit viel Zeit



und inhaltlichem Freiraum angegangen werden. Auch bei der Linken rückte die Wohnungsfrage nach der Wahl 2011 stärker auf die politische Agenda. Daher schloss man noch lange die Bebauung einzelner Areale nicht aus. Jedoch kam man schnell zum Schluss, dass das Gelände am nördlichen Rand des Feldes aufgrund dessen historischer Bedeutung als ehemaliges Konzentrationslager nicht bebaut werden sollte. Auf dem östlichen Teil des Geländes schloss man eine Bebauung aus, weil dort die Erschließungskosten zu hoch wären. Lediglich einer Bebauung von Arealen im Westen und Süden, entlang der Stadtautobahn, stimmte man zu, weil man dort weder größere mietpreistreibende Effekte noch nennenswerte negative Auswirkungen für die Umwelt erwartete. Man bekannte sich aber nur unter der Bedingung dazu, dass diese Wohnungen für sozial schwächere Mieter zur Verfügung gestellt werden sollen (Die.Linke 2013). Darüber erwartete man im Gegenzug von der Regierungskoalition eine offene Debatte. Um diese zu Verhandlungen zu bewegen, unterstützte man zusammen mit den Grünen im Februar 2013 ein Planungsmoratorium der Bebauungspläne. Im November des gleichen Jahres – als bereits die zweite Phase des Volksbegehrens lief – wollte man auch einen Stopp für die Planungen der Zentral- und Landesbibliothek erreichen.

Schließlich wollte die Linksfraktion das Vorhaben der Initiative unterstützen, indem man im Abgeordnetenhaus forderte, die Planung bis zum Volksentscheid auf Eis zu legen. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass durch einen etwaigen Baubeginn vorab Fakten geschaffen werden. Jedoch sah man das Volksbegehren lediglich als einen Ausgangspunkt für die weitere Diskussion. In einer Stellungnahme hieß es, man wolle das Feld weitestgehend erhalten. Jedoch wollte man dort ebenso mindestens 1.000 Wohnungen mit günstigen Mieten sowie Sportanlagen, Kitas und Bildungseinrichtungen schaffen. Eine vollständige Übereinstimmung der Partei mit den Zielen der Initiative gab es daher bis kurz vor dem Volksentscheid nicht. Am 20. März 2014 scheiterte der Antrag der Opposition, die Planungen vorerst zu stoppen und dann neu zu verhandeln. Deshalb unterstützten sowohl die Linke als auch die Grünen unmittelbar vor dem Entscheid die Forderungen der Initiative.

Insgesamt kann hier gesagt werden, dass die Linke als Oppositionspartei durchaus in der Lage war, von Teilen ihrer Forderungen abzuweichen. Die Partei entschied sich, die Initiative zu unterstützen, da sonst die eigenen Ziele, wie die Schaffung von sozialem Wohnraum oder die Verhinderung von bestimmten Baufeldern, durch Verhandlungen im Abgeordnetenhaus nicht durchsetzbar gewesen wären. Doch auch das Ziel der Nichtbebauung lag nicht im hauptsächlichen Fokus der Partei. Deren Unterstützung war für sie nur die zweitbeste Lösung: Sie sahen den Volksentscheid lediglich als Auftakt für eine weitere, demokratischere Planungsdiskussion. Bezüglich des Verhaltens der Linkspartei kann somit eine Veränderung der inhaltlichen Ausrichtung, um dann den eigenen Zielen näher zu kommen, konstatiert werden.

## Volksentscheide als Gegensatz zur politischen Aushandlung?

Anhand des dargestellten Beispiels wird deutlich, dass Parteien als Akteure auch im Kontext von Volksgesetzgebungsverfahren in der Lage sind, Stimmungen aus der Bevölkerung aufzugreifen und in eigenes Handeln zu überführen. Es kann festgehalten werden, dass es eine Polarität zwischen parlamentarischer Demokratie und ihrer Parteien auf der einen und direkter Demokratie auf der anderen Seite so nicht gibt. Vielmehr finden Debatten im Rahmen von Volksgesetzgebung eher in der Öffentlichkeit als im Plenarsaal und Ausschüssen statt. Stellen sie auf der einen Seite die Macht der Regierungsparteien während der Legislaturperiode in Frage, sind sie für die Oppositionsparteien eine Chance, eigene Forderungen schneller umzusetzen. Für initiierte Initiativen entsteht schließlich die Gelegenheit, dass Parteien ihre Forderungen aufgreifen und in das Parlament tragen.

Die Vereinfachung des Verfahrens der Volksgesetzgebung in Berlin feierte dieses Jahr ihren zehnten Geburtstag. Zuvor geäußerte Befürchtungen, diese Verfahren würden Entscheidungen des Parlaments untergraben und populistischen Forderungen Tür und Tor öffnen, haben sich nicht bestätigt. Das Schicksal des Tempelhofer Feldes war dabei mehrfach Gegenstand dieser Verfahren. Aktuell versucht eine Initiative, die Verbindlichkeit von Volksentscheiden zu erhöhen. Ein weiteres Begehren fordert mehr Investitionen in die Fahrradinfrastruktur. In Zeiten, in denen eine steigende Distanz der Bevölkerung zur Politik diagnostiziert wird, beleben Volksentscheide die politische Kultur, gerade im Bereich der Stadtentwicklungspolitik, indem sie Sachfragen praktisch veranschaulichen. Zudem hat der Volksentscheid gezeigt, dass scheinbare Entwicklungszwänge in der Stadtentwicklung durch die Bevölkerung hinterfragbar gemacht und mittels einer demokratischen Debatte neu verhandelt werden können.

## Quellen:

Steffen Jähn

Wiss. Mitarbeiter beim vhw e.V., Berlin

Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Suhrkamp. Frankfurt/Main. S. 39-72.

Holm, Andrej (2014): Strategien für den Wohnungsneubau sind nicht genug ... Das Tempelhofer Feld als stadtweites Referendum zur Berliner Wohnungspolitik. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4/2014

Die.Linke (2013): Wohnen ist ein Grundrecht – Programm für bezahlbares Wohnen und Berlin für alle. [http://www.die-linke-berlin.de/die\\_linke/parteitage/4\\_landesparteitag/3\\_tagung/beschluss/2/](http://www.die-linke-berlin.de/die_linke/parteitage/4_landesparteitag/3_tagung/beschluss/2/)